

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Abnehmer 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Verlagskonto Nr. 21 885 „Sozialistischer Verlag“ v. W. u. L. S. S. Breslau. Fernsprechkabine: Ring Nr. 4887.

Dienstag, den 31. Mai 1921

Anzeigenpreis: Die 8 gezeichnete Willkürzeile über deren Raum 0,80 Mk. Sonstige 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereine- und Vereinsmitteilungen 0,40 Mk. Kleinanzeigen: Die Willkürzeile, 5 gezeichnet über deren Raum im Satz 2.- Mk.

Das gelbe Amsterdam gegen das rote Moskau.

Ein Beweis, daß die Macht der Roten Gewerkschaftsinternationale in steigendem Wachstum begriffen ist, beweist, daß der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam seine Position schon so bedroht sieht, daß er mit folgender Resolution seine Getreuen zu halten sucht:

Der am 18., 19. und 20. Mai 1921 in Amsterdam versammelte Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes billigt vollkommen die Haltung des Büros gegenüber der auf die Zerspaltung der Arbeiterkräfte abzielenden Aktion seitens der Führer der 3. Internationale.

Der Vorstand gibt weiter seiner Meinung Ausdruck, daß das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes den nahezu einstimmig gefaßten Beschlüssen des Londoner Kongresses gemäß gehandelt hat.

In der Erwägung, daß die beharrliche Aktion der 3. Internationale die Reaktionsgefahr ankauernd vermehrt, erklärt der Vorstand, indem er diese Resolutionen präzisiert und die von der Moskauer Internationale beabsichtigte Zerspaltungsaktion feststellt:

„daß das Prinzip der Einheit eine unerlässliche Voraussetzung der Arbeiteraktion ist und den gewerkschaftlichen Organisationen nicht das Recht zugestanden werden kann, zwei Internationales zugleich anzugehören. Jede Organisation, die demnach ihren Beitritt zur politischen-gewerkschaftlichen Moskauer Internationale erklärt, stellt sich damit selbst außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes.“

Alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen und die Internationalen Berufssekretariate im besonderen werden beauftragt, diese für die Existenz und Aktion der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse unerlässlichen Prinzipien zur Durchführung zu bringen.

Was dem waffenstarrten Kapital nicht gelungen ist, wird den Amsterdamer mit papierernen Resolutionen

erst recht nicht gelingen. Sie werden das rote Moskau, sie werden die Revolution nicht klein bekommen.

Komisch wirkt es, wenn die Amsterdamer von vermehrter Reaktionsgefahr reden. Sie, die Mitschuldigen an dem Massenmorden des Weltkrieges. Sie, die treuesten Stützen der internationalen Konterrevolution wollen von Reaktion sprechen. Jeder Arbeiter erkennt daran die Amsterdamer Phraseologie.

Wenn in der Resolution weiter gesagt wird, daß sich alle Organisationen, die der Roten Gewerkschaftsinternationale beitreten, außerhalb der Amsterdamer Internationale stellen, so werden die betreffenden Organisationen diesen Schmerz vermeiden können. Nach dem jetzigen Organisationsmodus kann der Amsterdamer Vorstand nur ganze Landesorganisationen ausschließen. Es ist z. B. nicht der DGB, oder der Deutsche Holzarbeiterverband direkt an Amsterdam angeschlossen, sondern der DGB, als Gesamtheit der deutschen Gewerkschaften.

Würde der Amsterdamer Vorstand seinen Beschluß auf einzelne Berufsorganisationen eines Landes anwenden, dann würde er damit die Zerspaltung der Arbeiterschaft innerhalb der verschiedenen Länder herbeiführen. Die Folge einer derartigen Tat könnte letzten Endes nur zur schnelleren Klärung und zur Beseitigung der kapitalstreudlichen Amsterdamer Internationale führen. Sie ist genau so wie die Zweite sozialdemokratische Internationale zum Untergang reif, weil sie in dem Befreiungskampf der Arbeiterschaft, in der Revolution verfaßt. Und leben wird die revolutionäre, die Rote Gewerkschaftsinternationale.

Orgeß und die Gewerkschaften.

Das Kapital hat von jeher die bewaffnete Macht des Staates seinen Interessen dienstbar gemacht. Bei Rekrutenvereidigungen und ähnlichen Anlässen wurde im alten Heere immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Soldaten nicht nur gegen den äußeren, sondern auch gegen den inneren Feind zu kämpfen hätten. Bei jedem größeren Streik wurde das Militär in erhöhte Alarmbereitschaft gebracht, und nicht selten wurden durch aktives Eingreifen der Truppen wirtschaftliche Kämpfe niedergeschlagen.

Als der deutsche Staat durch die Waffenstillstandsbedingungen und den Versailler Friedensvertrag gezwungen wurde, seine Millionenarmee allmählich auf 100 000 Mann zu reduzieren, sah das Kapital seine Interessen nicht mehr genügend geschützt. Unter tatkräftiger Mithilfe der Rechtssozialisten schaffte es sich seine sogenannte Einwohnerwehr. Zum Schein wurden anfangs auch irreführende SPD-Arbeiter in diesen Wehren aufgenommen, die jedoch sehr bald herausgeworfen wurden. Heute steht dem Kapital neben der von monarchistischen Offizieren geführten Reichswehr eine riesenarmee des bewaffneten Bürgertums, der Orgeß, zur Verfügung, wenn es gilt, die Arbeiterschaft niederzuschlagen.

Es ist unnötig, den Arbeitern zu saen, was für eine ungeheure Gefahr diese bewaffnete Konterrevolution für sie darstellt, denn sie haben bei verschiedenen Anlässen das zur Genüge an ihrem eigenen Leibe verspüren müssen. Was uns hier vor allem beschäftigen soll, ist die Stellungnahme der Gewerkschaften zu dieser eminent wichtigen Frage. Die sogenannten freien Verbände, in denen 8 Millionen Arbeiter zusammengefaßt sind, haben in ihren Programmen als Ziel ihrer Bestrebungen die Beseitigung des Kapitalismus und die Einführung einer sozialistischen Gesellschaft gesetzt. Wenn sie nach diesem Grundfok handeln wollen, dann müßte ihre schärfste Kampfstellung gegen die Orgeß ohne weiteres gehen sein.

Was haben die Gewerkschaftsführer, was hat die Leitung des DGB, bis jetzt getan, um dem immer tolleren Treiben der Orgeß zu begegnen? Gar nichts. Sie beschränken sich bestenfalls auf leidendelnde Proteste und auf die leere Forderung, daß niemand außer der staatlich anerkannten Reichswehr und der Polizei bewaffnet sein dürfe. Die Orgeß weiß, daß ihr von dieser Seite keine Gefahr droht und kümmert sich daher um die leeren Pensanten der Gewerkschaftsführer überhaupt nicht. Gegen eine bewaffnete Macht läßt sich eben nicht mit Argumenten und Protesten kämpfen, sondern es muß in irgendeiner Form eine gleichwertige oder überlegene Macht entgegengetreten werden.

Wir Kommunisten fordern daher Bewaffnung der Arbeiterschaft und Entwaffnung der Orgeß. Diese Forderung liegt im Interesse des weitest ausgedehnten Teils der Bevölkerung, im Interesse der Revolution und der Befreiung der Arbeiterklasse. Wie berechtigt diese Forderung ist, zeigt sich immer dann, wenn aus irgendeinem Anlaß die Klassenkämpfe zur katastrophalen Entladung kommen. Am 1. April 1921 z. B. forderte die gesamte Arbeiterschaft so stürmisch die Bewaffnung, daß sich dem die Gewerkschaftsführer nicht entziehen konnten. In den bekannten Berliner Acht Punkten, die zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften und der Scheidemann-Regierung vereinbart wurden und in dem auch von den Gewerkschaften mit unterzeichneten Gieseler-Abkommen lautete der wichtigste Absatz:

„Ausslösung aller der Reichswehr nicht treu gebliebenen Konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Entfaltung durch Reorganisation aus den Reihen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der bewaffneten Arbeiter, Arbeiterinnen und Beamten, ohne Zurücksetzung eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben ererbene Rechtsansprüche transzendenten Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.“

Sie wurde also klar die Bewaffnung der arbeitenden Bevölkerung und die Entwaffnung der Konterrevolution von den Gewerkschaften gefordert und von der damaligen Regierung anerkannt. Nach Abschluß dieser Vereinbarung wurde der Kampf von den Gewerkschaftsführern abgeblasen. Um die Durchführung dieser unzweifelhaften Bestimmungen kümmerte sich der DGB nicht. Er ließ es ruhig zu, daß wohl den Arbeitern die Waffen abgenommen wurden, aber damit das Büroertum und Studenten bewaffnet wurden, die dann tausende von Arbeitern in der bestialischsten Weise ermordeten.

Seitdem ist die Macht der Orgeß unter Führung von Eicherich und Lubendorff ungeheuer gewachsen. Kein Mensch wird behaupten können, daß sie verfassungstreu und nicht konterrevolutionär sei. Der DGB hat aber trotzdem nichts getan, um seinen eigenen Abmachungen Geltung zu verschaffen. Obwohl Lenin und andere Führer wiederholt erklärten, daß der Macht der 8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder nichts Gleichwertiges entgegen gestellt werden könne hat der DGB, auch nicht den Versuch gemacht, diese Macht zur Anwendung zu bringen.

Der Kampf in Oberschlesien.

Die deutschnationale Morgenpresse ist wieder gespickt mit Kriegsberichten aus Oberschlesien. Sie meldet schwere polnische Angriffe auf der ganzen Front. Überfälle auf Beuthen, Rattowitz und kleinere Städte. Artillerie und Minenwerferbeschießungen, Maschinengewehrangriffe und Sprengungen an vielen Orten verzeichnet ihr Frontbericht von heute. Der deutschnationale Frontbericht verzeichnet natürlich nur die polnischen Angriffe. Die polnischen Zeitungen dagegen und die Korrespondenzen der Auslandsblätter aus Polen registrieren ihrerseits die Heldentaten und Grausamkeiten der deutschen Orgeßleute. Uebrigens finden sich auch in den deutschen Berichten trotz der sichtlich sorgfältigen Verschönerung der eigenen Kampftätigkeit unaußersprechbare Beweise für diese. So heißt es: Die Besetzung von Leschna wurde „angegriffen“, wobei die Polen sich 29 Tote holten! (Nach einer Oppelner Meldung.)

Alles dies beweist nur, daß keine Rede sein kann von irgendeiner Entspannung, sondern daß das Kriegsgemisch und Wunden seinen Fortgang nimmt.

Dabei wächst den alliierten Ruhestiftern, soweit sie es mit ihrem Geschäft ehrlich meinen, die Gewalt der Aufständischen und der Orgeßhelben immer mehr über den Kopf! Die deutschen Tendenzmeldungen über die Teilnahme englischer Offiziere auf Seite des deutschen Selbstschutzes wird in den englischen Blättern entschieden demontiert. Nach einer Meldung schreibt der „Daily Telegraph“ vom englischen Major Keatinge, der angeblich das Kommando über das Freikorps Hoefers innegehabt haben soll:

„Keatinge war offiziell von der internationalen Kommission beauftragt, sich zum Hauptquartier General Hoefers zu begeben und diesem Schüler v. d. Goltz es auszusprechen, weiter vorzurücken und dadurch einen allgemeinen deutsch-polnischen Zusammenstoß herbeizuführen. Keatinge hatte kaum nach großen Schwierigkeiten Erfolg. Er setzte bei General Hoefers durch, daß dieser die deutsche Offensive bei Krabnik am letzten Freitag nachträglich unbilligste. General Hoefers Ton war aber nicht desto weniger aufreißend durch seine „marxistische Annahme.“

Dazu wird noch aus Oppeln gemeldet, daß dort die alliierten Kreiskontrollen aus Rosenberg einetroffen seien. „Sie haben Rosenberg endgültig verlassen mit der Begründung, daß sie

ohne jede Autorität seien, um auch nur den geringsten Schutz für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Rosenberg auszuüben.“

So sieht in Wirklichkeit die Garantie für die Wiederaufrichtung der „legalen“ Zustände in Oberschlesien aus, mit denen die Bourgeoisie, die Sozialpatrioten und die Pazifisten die Arbeiter beruhigen möchten. Solche Folgen hat die nationalpolitische Kriegshege auf beiden Seiten. Das ist das Ergebnis des Rosenhagel, der gutemwilligen und der Ententeregierungen. Nie war die Gefahr weiterer kriegerischer Verwicklungen

größer, denn jetzt. Dazu wächst die Not und das Elend in den zum Teil eingeschlossenen belagerten Städten unter den proletarischen Massen von Tag zu Tag. Auf beiden Seiten nimmt dafür die antibolschewistische Hege immer größeren Umfang an. Der Restraint, mit dem die Konterrevolutionäre von ihren eigenen Schandtaten ablenken wollen, ist der: die Zustände nehmen immer mehr bolschewistischen Charakter an. Es ist aber zu fürchten, daß in der gegenseitigen Verhegung breite Arbeiterschichten Oberschlesiens leider immer noch nicht den bolschewistischen Ausweg als die einzige Lösung erkannt haben, und daß in einzelnen Revolutionsherden die Bewegung vorläufig noch stillsteht, weil sie nicht die nötige Unterstützung findet. Will die deutsche und die polnische Arbeiterschaft wieder aufsehen, wie die proletarischen Opfer wegen ihrer bitter notwendigen Lebensnotwehr als Sündenbock abgeschlachtet wird? Wie lange wird sie noch das verbrecherische Treiben der Kapitalstreuer aller Nationen dulden?

Der Bankrott der demokratischen und pazifistischen Illusionen drückt sich aber am deutlichsten in der Tatsache aus, daß die Imperialisten der Entente sich keineswegs zu einigen Instanzen sind. Der von England ausgehende Plan, die jähwichtigen deutschen und die überwiegend polnischen Gebiete schon jetzt Deutschland und Polen zuzumessen und die striktionen Industriegebiete vorläufig durch die Alliierten besetzt zu halten, wird in Paris entschieden verworfen. Die englische Bourgeoisie widerwillig nichts von der Briandischen polnisch-französischen Konvention. Die heutzutageigen Herrschaften können sich nicht einigen. Nur reine Rindschöpfe, Toren können sich etwas von der Konferenz in Boulogne verzeihen. Die polnische Konterrevolution, mittlerweile nebt das Geheiß der Orgeß, hat die Arbeiterschaft fort.

„Was hat die Arbeiterschaft bisher erreicht?“
„Wieder mit den Orgeßhänden nieder mit den nationalpolitischen Helfen! Das Marschen mit ein Ende finden! Deutsche und polnische Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt euch zur Wehr!“

Baroddemissionen.
Die Agence Havas meldet: Der Führer der polnischen Insurgenten Kortant hat mitgeteilt, daß er die Waffen niederlegt und die Antagonen der Internationalen Kommission anerkennt. Kortant hat seine Bereitwilligkeit die Waffen zu freisetzen, an die Bedingung geknüpft, daß eine Entwaffnung der Insurgenten nicht stattfinden dürfe. Polen muß einen Anteil an der Ueberwachung der Sturzwaffen, ferner der Gerichtsbarkeit, der Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-, sowie an allen Gemeindeverwaltungen erhalten.

Rücktritt des polnischen Kabinetts
Das polnische Kabinet hat demissioniert. Da sich die bürgerlichen Links- und Rechtsparteien nicht über die Person des neuen Außenministers einigen können (was gleichzeitig bedeutet, daß sie in der obersteleischen Frage sich nicht einigen können) bleibt die Kabinettskrise vorläufig ohne Lösung.

Der Bankrott der kapitalistischen Moral.

Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zeigt sich deutlich der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Am deutlichsten kommt natürlich der Verfall in dem moralischen Verhalten der bestehenden Klassen zum Ausdruck, gleichzeitig aber treibt die fortschreitende Vereinfachung die im Dienste der kapitalistischen Gesellschaft beschäftigten Menschen in ständige Gefahren hinein. Mit allen möglichen Mitteln versucht man nun den fortschreitenden Korruption Einhalt zu gebieten.

Der Verein gegen das Bestechungsunwesen, Sig Berlin, hielt am 25. Mai unter dem Vorsitz eines Kommerzienrats seine 10. Hauptversammlung in der Berliner Handelskammer ab. Zahlreiche Behörden und Wirtschaftsmänner waren vertreten, u. a. der Reichsjustizminister, der preussische Justizminister, das Landespolizeiamt. Nach Vorträgen von Dr. Pohle, Berlin, und Justizrat Dr. Juld (Mainz) schloß die Versammlung folgenden Beschluß:

„Der Verein fordert eine viel ernstere Beachtung der eingetragenen Korruption Behörden und Privatbetriebe müssen sich mit viel größerem Nachdruck wehren. Beamte und Angestellte müssen laufend auf die Gefahren der Korruption hingewiesen werden. Die Zeitschrift des Vereins bietet dafür eine instruktive Unterlage. Die Möglichkeiten für das weitere Eindringen der Korruption in die Kreise der Beamten und Angestellten müssen abgeklärt werden. Eine Nebenbeschäftigung derselben für Lieferanten und Abnehmer ist grundsätzlich zu verbieten. Im neuen Strafgesetzbuch muß unbedingt auch die aktive einfache Beamtenbestechung mit Strafe bedroht werden. Der geltende Zustand, wonach einem Beamten für eine Amtshandlung straflos Geschenke angeboten werden können, öffnet der Korruption Tür und Tor. Im neuen Strafgesetzbuch ist ferner vorzuschreiben, daß die öffentliche Bekanntheit jeder Verurteilung wegen Bestechung angeordnet werden kann. In der Tages- und Fachpresse tauchen erneut zahlreiche verkappte Bestechungsinsertate auf, durch welche „Herren mit guten Beziehungen“, „stille Vermittler“ usw. gesucht werden. Diese Insertate dienen unmittelbar der Korruption. Es sind sogar Insertate erschienen, durch welche ausländische Fabrikpionage in unserer chemischen Großindustrie getrieben wird. Im Einvernehmen mit dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands bittet der Verein die Tages- und Fachpresse, die Aufnahme aller verdächtigen Insertate abzulehnen.“

Alle die angegebenen Mittel werden der weiter um sich freiziehenden Korruption gegenüber versagen. Das kapitalistische System ist von Grund auf selber unmoralisch, denn es heiligt die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch die Gesetze des kapitalistischen Staates. Im schrankenlosen Profitstreben bereichert sich der einzelne auf maklofe Weise, während dadurch hunderte von Tausenden wirtschaftlich Schwacher vernichtet und ins Elend gezogen werden. Kein Staatsanwalt eines bürgerlichen Gerichtes wird Bestechung und Korruption durch das Strafgesetzbuch der bürgerlichen Gesellschaft beseitigen können, weil er mit diesen Gesetzen die wirklichen Parasiten nicht antreffen kann und darf. Erst die kommunistische Wirtschaftsordnung, in der die Ausbeutung eines Menschen durch den anderen aufgehört, wird auch der Menschheit eine gesunde Moral zurückgeben.

Breslauer Nachrichten

Mitgliederversammlung der B.K.P.D.

Am Mittwoch fand eine außerordentliche, gut besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Breslau statt.

Einleitend hielt ein Genosse ein Referat, in dem er die politische Lage und die damit zusammenhängenden Aufgaben der Partei klarlegte. Der Referent wies darauf hin, welche Gefahren dem Proletariat Deutschlands und im erhöhten Maße dem schlesischen durch den Aufmarsch der Ortschaft, die unter dem Deckmantel heimattreuer Oberschlesier aus ganz Deutschland in be-

massneten Haufen nach Oberschlesien marschieren sind. Die Zeitfreiwilligen, Studenten und Ortschaften aus dem bayerischen Oberland, die zum Waffendienst geprehten Arbeits- und Obdachlosen werden dann unter der Parole „Hakenkreuz und schwarz-weiß-rot“ nach der Niederwerfung des Aufstandes in Oberschlesien sich wenden gegen die Regierung von „Juden und Sozialdemokraten“. Vor allem aber werden sie kämpfen gegen alle Arbeiter, die getrieben von der Not der durch die Sanktionen nach verschärften wirtschaftlichen Verhältnisse aufstehen, um ihre Lage zu verbessern.

Wenn jetzt von der Reichsregierung Sipso an die Grenze von Oberschlesien geschickt wird, um die „heimattreuen Oberschlesier“ zu entwaffnen, so wissen wir, daß sich diese Sipso zunächst wenden wird gegen die sich selbstschützenden Arbeiter. Diese Sipso wird sich dann sehr gern von den Freikorps entwaffnen lassen — sintermal die Offiziere der Sipso ja Klassenossen der Ortschaftshauptlinge sind. Diese Ortschaftsformationen werden dann marschieren nach Berlin, um wieder aufzurichten die preußisch-deutsche Monarchie.

Wir Kommunisten begrüßen die Entschlebung des Breslauer Kartells. Wenn jetzt die Bonzen aus ihrem zweijährigen Schlaf erwacht sind, ist es verständlich, daß sie die verfluchten Kommunisten nicht mit reinhaben wollen in die Arbeitermehr. Wir werden uns aber nicht abschrecken lassen und immer als die ersten dem Proletariat vorangehen.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe kritisierte das passive Verhalten eines Teils der Breslauer Mitglieder und verlangte, daß in der jetzigen Zeit und in der Zukunft jeder einzelne Genosse und jede Genossin auf dem Posten sein müsse.

Nur indem wir eine wirkliche kampfeswillige Massenpartei werden, in der jeder seine Pflicht gern und freiwillig tut, können wir unseren Weg vollenden.

Aus der Provinz

Der Durst nach Blut

Aus dem Zuchthaus Görlitz wird uns folgendes geschrieben, das beweist, wie recht wir hatten, als wir das angeblich so humane Verhalten der Zuchthausbeamten gelächelt. D. Redakt.

Geschehen im Jahre des Heils 1921 am 2. Pfingstfeiertag in der Strafanstalt Görlitz. Seit Antritt des neuen Direktors werden die Arrestzellen nicht mehr leer, Gefangene werden durch Anlegen von Ketten zu wilden Tieren gestempelt; ja man schlägt sogar auf Gefangene ein und läßt sie zur Dankbarkeit der Sipso militärische Ehrenbezeugungen erweisen, und daß alles in einer sogenannten Republik.

Dem Drange nach Freiheit folgend, hatten etliche Gefangene die Absicht, durch ein Fenster aus einem Schlaßaal im fünften Stock zu entweichen. Den Aufsichtsbeamten war dieser Plan zur Kenntnis gebracht worden. Anstatt nun den Versuch zu vereiteln, nahmen die Beamten vielmehr die Gelegenheit wahr, die Geschickte zur Befriedigung ihres Blutes ihren Lauf gehen zu lassen. Die Schließer und ein Teil Sipso waren alarmiert worden und gemeinsam beschloß man, seinen Mut im Erschießen mehrerer Gefangener zu erproben. Als erstes legte man sich in den Hinterhalt (ein besonders Zeichen des Mutes der Beamten), um je den wehrlos am Seil herunterkommenden Flüchtling auch schußgerecht vor die Stirne zu bekommen.

Es ist etwa 11 Uhr abends — da steigt eine Gestalt aus dem Fenster und schon beginnt ein Schützenfeuer, der Erlernung wilhelminischer Zeiten Ehre machend. Der arme — — —, wehrlos ist er dem rasenden Schnellfeuer ausgesetzt, er fürzt aus dem vierten Stockwerk in die grausige Tiefe. Allgemeine Freude über den Sieg. Doch was ist das? Anstatt herabquellender Gedärme sieht man Stroh. Es war besonders interessant die Gesichter der Beteiligten zu betrachten. War es doch manchem nicht ganz klar, ob man bei ihnen nicht auch Strohfüllung vermuten könnte. Damit hatte der Latendrang ein unruhliches Ende erreicht.

Daß es nicht, wie 1920 zur Erschießung eines Menschen kam, ist Verdienst der Gefangenen, denen die Bereitschaft der Beamten

bekanntgeworden war. Man gab ihnen frohmütig Gelegenheit, ihren Mut zu zeigen, und den Mordurft zu stillen, an Stroh.

Wie erinnertlich wurde im Juli 1920 der Breslauer Straßgefängene Schneider bei einem Mordversuch erschossen, ohne daß nachher festgestellt werden konnte, welcher Beamte den tödlichen Schuß abgegeben hatte. Auch diesmal ist ohne jedes „Halt“-Rufen geschossen worden. Ob man nicht für die schließlichen Beamten die Straßgefängenen für Freiwild erklären könnte, damit den Heiden Gelegenheit zum Morden gegeben ist.

Vielleicht kommt die Regierung diesem Wunsch nach.

Halt du Lust zum Schießen,
Laß dich nicht verdrücken,
Geht nach Görlitz hin im Nu
Und genügend Menschenwilt hast du!

Jauer

Die Sozialdemokraten verlieren allmählich selbst in ihrer letzten und festesten Hochburg, in Schlesien, ihre getreuen Schützen. In Jauer halten die Kommunisten zu einer Volkshauptversammlung aufgerufen, zum Protest gegen den neuen Krieg, und seine Unterstützung durch SPD. und Gewerkschaftsbürokratie. Des Genossen Fröhlichs Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Als der Diskussionsredner Reigelt (SPD.) versuchte, mit verleumderischen und persönlichen Beschimpfungen gegen die Kommunisten zu gehen, wurde er im Schlusswort vom Referenten derart zugelegt, daß die Versammlung, zu neun Zehntel Sozialdemokraten, ihren Parteiführer beinahe verprügelt und aus dem Saal herausgeworfen hätte. Die Arbeiter erkannten die gefährliche nationalistische Hege der Sozialdemokraten und gelobten einmütig, das ober-schlesische und niederschlesische Proletariat in seinem Kampf zu unterstützen.

„Preisabbau“ mit Hilfe der Behörden

Aus Reichenbach wird uns berichtet, daß sich bei der Verpackung der Kirichen an den Kreis- und Provinzialstraßen über 200 Bieter eingefunden hatten. Der Gesamterlös stellte sich auf 273 000 M. gegen 148 000 M. im vorigen Jahr. Man kann sich also vorstellen, wieviel in diesem Jahre ein Pfund Kirichen kostet, zumal durch die große Erhöhung der Frachtkosten noch eine weitere Steigerung in Betracht kommt.

Es zeigt sich immer deutlicher der Bankrott der bürgerlichen Gesellschaft, die Unmöglichkeit selbst der Behörden bei dem Preisabbau mitzuhelfen. Die Kreise sind durch die Geldentwertung und durch den allgemeinen Zerfall so verschuldet, daß sie mit allen Mitteln Geld machen müssen. Selbstverständlich macht man am liebsten Geld aus Kosten der breiten Masse, die beim Kirchenkontum in erster Linie in Betracht kommt. Die Reichen verschont man.

Neuererscheinungen

Der kommunistische Landarbeiter, Nr. 10 ist soeben erschienen mit folgendem Inhalt: Die Großagrarier verurteilen die Landwirtschaft (mit drei Tabellen). — Wie die Junker gegen streikende Landarbeiter vorgehen. Gewerkschaftliches: NW. und Lohndarbeiter. — Ein Kreisleiter des NW. für den Landbund. — Ein Standalder Tarif. — Für die Landarbeiterin: Wo ist der Platz der Landarbeiterin? — Die Reichs-Frauen-Konferenz der NW. — Wie eine Proletarierin zum Kommunismus kam. Genossen, sorgt für die Verbreitung des „Kommunistischen Landarbeiter“ und gewinnt ihm Momente! Der „Kommunistische Landarbeiter“ nimmt zu allen Fragen der Landarbeiter und speziell des deutschen Landarbeiter-Verbandes Stellung. Er ist das einzige Organ, das der Landarbeiterschaft revolutionäre Aufklärung gibt. Jeder Genosse, der einen Verwandten oder Bekannten auf dem Lande hat, schicke diesen den „Kommunistischen Landarbeiter“!

Verantwortlicher Redakteur: Werner Schölem, Berlin. Für den Breslauer Teil: Erich Grotzsch, Breslau. Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Max Hoyer, Berlin.

Schauspielhaus
Operettenbühne, Tel. Ring 2545
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
Mascottchen

Lieblich-Theater
7 1/2 Uhr
Eine Nacht im Paradies
Henry Bender, Ida Vané.

Köchinnen
Stubengehilfinnen
Alleingehilfinnen
Sucht für bald nach 1. Juli
Sächsischer Hausangestellten-
Beiratsrat
Altstädter Str. 18 26
Sankt-Annen-Str. 41 43

Alt-Metalle
Kauf OTTO, Kohlenstraße 8

Genossen! Beachtet die Inserate

Raulino Tabak

einmal versucht, immer verlangt

Für kurze Pfeife

Schlag, roter	Streifen 50 Gr.	2,50	Mark
„ lila	„ 50	2,75	„
„ grüner	„ 50	3,00	„
„ schwarzer	„ 50	3,50	„

Zu haben in den Zigarren-Geschäften

Vertretung
i. Schlesien: **Curt Friedlaender, Breslau 13**
Gutenbergstraße 10 Fernsprecher: Ring 361



Sommer-Trikotagen

Sweater für Knaben und Mädchen in feinem baumw. Trikotwebe.
Sweater „Hans“, dunkelblau Trikot, mit viereckigem Halsauschnitt, halb. Verkn., buntfarbig eingefärbt
Größe 1 2 3 4
13.50 15.- 16.50 18.-
Sweater „Fritz“, dunkelblau Trikot, mit farbigem Stehkragen, langen Ärmeln
Größe 1 2 3 4
17.50 19.- 21.- 22.50
Sweater „Mag“, dunkelblau Trikot, mit bunfarbigem Umlegekragen, Vorderknopf, langen Ärmeln
Größe 1 2 3
Stück 21.- 23.- 25.-

Bade-Trikots für Knaben und Mädchen, dunkelblau Trikot mit farbigem Besatz für 9-10 11-12 13-14 J.
21.- 24.- 27.-
f. Damen klein mittel groß
Stück 30.- 33.- 36.-
Trikot-Badehosen f. Knaben und Mädchen, einfarbige Form, in schwarz und rot, je nach Größe
Stück von 9.50 an
Hosenform, je nach Größe
Stück von 14.50 an

Bade-Anzüge

Extra-Angebot in Herren-Trikotagen

guter Qualität

50 Stück **Matrosenhosen**, Vorderknopf, tauchfest, alle Größen
alle Größen 28.50
nur weg Stück 28.50
100 Stück **matrosenb. Trikot-Einjahre**, tauchfest, lange Vorderknopf, alle Größen
nur weg Stück 29.50
100 Stück **weiße Trikot-Einjahre**, tauchfest, alle Größen
nur weg Stück 34.50

300 Stück **Matrosenhosen**, zweifarbige schwere Qualität, alle Größen
durchweg Paar 21.00
100 Stück **feingewebte Matrosenhosen**, 1 a Verarbeitung mit Satinband, alle Größen
durchweg Paar 26.50

1 Paar **mitg. mozierte Holzandalen**
für Kinder Paar 1.50
für Erwachsene Paar 2.50

Soeben erschien!

Soeben erschien!

KARL RADEK

Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentralistische Partei des Wartens sein?

Inhalt: Der Vereinigungsparteitag. / 2. Die VKPD. und KAPD. / 3. Der Kampf um die rechtsstehenden Arbeitermassen. / 4. Die italienische Frage. / 5. Passive oder revolutionäre aktive Massenpartei. / 6. Die Märzfrage. / 7. Die Lage in der VKPD. / Nachwort des Verfassers. Der Fall Levi.

119 Seiten. Preis Mk. 1.50.

Zu beziehen ausschließlich durch die Buchhandlungen der VKPD. u. durch die **Verlagsbuchhandlung S. C. L. S. Cahabey, Hamburg 11.**